

ÜBERWACHTET!

Ein philosophisches Argument für mehr Überwachung.
Und Überwachung der Überwacher.

AUTOREN: TOBIAS HÜRTER UND THOMAS VAŠEK

Die amerikanischen und europäischen Geheimdienste haben derzeit viel von etwas, das sie gar nicht mögen: Öffentlichkeit. Seit der mutige »Whistleblower« Edward Snowden die Überwachungsprogramme Prism und Tempora der National Security Agency und des GCHQ publik machte, wird rund um den Globus diskutiert und analysiert, was die Geheimdienste da eigentlich so treiben, im Stillen, mit ihren Zig-Milliarden-Budgets. Nun stellt sich heraus: Sie schnüffeln, was es zu schnüffeln gibt. Sie greifen auf die Riesenserver von Google & Co. zu. Sie zapfen die Glasfaserleitungen im Rückgrat des Internets an. Das Ausmaß ist zwar nicht in allen Details geklärt, ist aber zweifellos gewaltig. Warum eigentlich die Aufregung? Sie entbrennt vor allem an der Undifferenziertheit, mit der die Dienste ins Netz lauschen. Getuschel zwischen Liebenden, Verhandlungen zwischen Geschäftspartnern – offenbar durchkämmen sie einen Großteil der Internet-Kommunikation nach

intransparenten Kriterien, mit geheimen Algorithmen. Die Forderung, die daraufhin meist erhoben wird, lautet: weniger Überwachung! Wir hingegen fordern: mehr Überwachung! Was Prism und Tempora so kritikwürdig macht, ist weniger das Ausmaß als die Heimlichtuerei. Wer überwacht, muss sich überwachen lassen. Das Problem an den Geheimdiensten ist nicht, dass sie schnüffeln, sondern dass sie geheim sind. Sie überwachen, ohne sich überwachen zu lassen. Wer Überwachung gutheißt, macht sich nicht beliebt damit. Überwachung – dabei denkt man an Big Brother und Autorität. Was bisher über die Lauschprogramme der Dienste bekannt ist – und was unbekannt geblieben ist –, bestätigt diese Befürchtung. Algorithmen analysieren Mails und andere Kommunikationsmittel, fischen nach Schlüsselwörtern, suchen nach Mustern. Manchmal stufen sie jemanden als verdächtig ein. Vielleicht verweigern ihm die Behörden beim nächsten Flug in die USA die Einreise. Und keiner wird ihm erklären, warum. Jeder Mensch braucht eine Sphäre der Privatheit, in der seine Gedanken und Neigungen freies Spiel haben. Schon John Stuart Mill (1806–1873) stellte in seiner Schrift »On Liberty« fest, dass eine solche Spielwiese eine

Voraussetzung für die freie Ausbildung der Persönlichkeit eines Menschen ist. Überwachung kompromittiert diese Spielwiese. Allein das Wissen, dass man dabei beobachtet werden könnte, verändert das Handeln eines Menschen. Aber es verändert das Handeln nicht immer zum Schlechten. Ein Pädophiler, der mit allgemeiner Überwachung rechnen muss, hat einen Grund mehr, keine Kinderpornos herunterzuladen oder sich von Kinder-Chatrooms fernzuhalten. Ein gewisses Maß staatlicher Überwachung ist okay, sofern sie demokratisch legitimiert ist. Genau diese Legitimation fehlt Prism & Co. Das Internet ist kein privater Raum. Im Internet wird Geld gewaschen, werden Drogen und Menschen gehandelt. Ein freies Internet kann nicht bedeuten, dass jeder unbeobachtet tun kann, was er will. Auch im Internet muss es also Überwachung geben. Wenn sie fair und demokratisch sein soll, dann muss jeder akzeptieren, dass auch er überwacht wird. Allerdings müssen auch die Überwacher akzeptieren, überwacht zu werden. Was spricht dagegen, die Überwachungsprogramme offenzulegen? Warum sollten ausgerechnet die Geheimdienste vom Transparenz-Prinzip ausgenommen sein, das oft als Begründung für die Schnüffelei herhalten muss. Es wäre sicherlich nicht bequem für die Schnüffler. Nichts scheuen die Geheimdienste so sehr wie das Licht. Aber es gibt wahrlich Wichtigeres als die Bequemlichkeit der Dienste. Jeder muss wissen können, welche Daten von ihm erschnüffelt wurden, und was mit ihnen geschieht. Jeder Bürger hat ein Recht auf Rechtfertigung. Niemandem

sollte ohne nachvollziehbare Begründung die Einreise in die USA oder andere Länder verwehrt werden. Die Geheimdienste sind die falschen Überwacher. Der richtige Überwacher muss noch erfunden werden. Was wir brauchen, ist eine Institution, die diese Aufgabe nach rechtsstaatlichen Maßstäben erfüllt. Sie muss supranational sein wie das Internet selbst. Sie muss transparent, fair und demokratisch sein. Das bedeutet, dass auch Interessengruppen mitreden können, von denen die Geheimdienste sich sicherlich nichts sagen lassen. Zum Beispiel Datenschützer und Bürgerrechtsgruppen. Nennen wir sie Cyberscope. Es ist ein Name wie aus einem Science-Fiction-Roman, und entsprechend klein sind leider auch die Chancen, dass eine solche Institution Wirklichkeit wird.

Cyberscope könnte die Nutzer auch schützen, statt sie nur zu beschnüffeln. Ein Beispiel: In einem Verbrechenfall könnte ein unschuldig Verdächtiger seine Unschuld beweisen, indem er bei Cyberscope die Herausgabe seiner Handy-Ortsdaten beantragt. Einen solchen Antrag gab es kürzlich tatsächlich an die NSA – erfolglos. Auch könnte Cyberscope ein Gegengewicht zu den Internet-Hegemonen Google & Co. sein: Es könnte Klarheit darüber schaffen, was die Hegemonen mit unseren Daten anstellen. Überwachung für alle, auch für die Überwacher, das ist die richtige Konsequenz aus der Enthüllung von Prism und Tempora.

.....
TOBIAS HÜRTER UND THOMAS VAŠEK

finden Geheimdienste nur in Romanen spannend.

DIE THESE

DIE ENTHÜLLUNG DER SCHNÜFFELPROGRAMME Prism und Tempora hat eine globale Welle der Empörung losgetreten. Was fällt den Geheimdiensten ein, in unseren Mails und Facebook-Accounts herumzuwühlen – und uns daraufhin womöglich noch die Einreise in die USA zu verweigern? Die Dienste scheinen jedes Maß verloren zu haben. Die richtige Konsequenz aus

dieser Enthüllung ist jedoch nicht, das Internet unüberwacht zu lassen. Die richtige Konsequenz ist, es auf transparente und rechtsstaatliche Weise zu überwachen. Die Geheimdienste sind ungeeignet für diese Aufgabe. Sie muss ihnen entzogen und einer neu zu schaffenden internationalen Institution übergeben werden, die nicht nur überwacht, sondern auch überwacht wird.